

Neujahrsansprache: Ziele und Herausforderungen 2004

Von Lukas Reimann, Präsident JSVP SG

JSVP-Neujahrsapéro vom 5. Januar 2004

Es gilt das gesprochene Wort!

Diesen Samstag haben wir in Wil noch ein letztes Mal Unterschriften gesammelt für das Referendum gegen eine neue staatliche Mutterschaftsversicherung. Die Unterstützung im Volk war überwältigend. Und ich darf heute bekannt geben, dass das Referendum mit über 50'000 gültigen Unterschriften zustande kommen wird. Dies ist auch ein Verdienst von der JSVP SG und Euch allen, vielen Dank dafür.

Trotz ungelöster Finanzprobleme in riesigem Ausmass werden rücksichtslos neue Lasten aufgebürdet. Bereits dreimal hat das Volk einen solchen Ausbau des Sozialstaates abgelehnt. Soviel nur zum Demokratieverständnis unserer Politiker in Bern. Und die Bevölkerung wird auch ein viertes Mal die Mutterschaftsversicherung bachab schicken.

GEGEN staatlich bezahlte FAULHEIT!

Gegen die Neidgesellschaft setzen wir Jung-SVP'ler die Anerkennungskultur. Wer Risiken eingeht und Chancen sucht, wer zu Fleiss, Leistung und eigener Anstrengung bereit ist, den wollen wir motivieren. Ob in der Steuerpolitik, bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme oder beim Abbau von Bürokratie, wir Jung-SVP'ler wollen mit unserer Politik die Fleißigen fördern, die Schwachen schützen und die Faulen bestrafen. Es gibt in der liberalen Gesellschaft kein Recht auf staatlich bezahlte Faulheit.

Wir setzen auf Freiheit und Fairness. Wer die Fairness zwischen den Generationen will, muss die Sozialstaatsklempnerei beenden. Welcher Bürger kann sich schon für eine Reformpolitik erwärmen, die ohne Perspektive nur noch als Reparaturbetrieb mit immer kürzeren Halbwertzeiten daher kommt. Das gilt für die Gesundheitspolitik, aber auch für die Pflege- und Rentenversicherung nicht minder. Man kann ein Fass ohne Boden nicht füllen, in dem immer mehr Menschen gezwungen werden, ihr Geld dort hinein zu schütten. Das Gefäß muss neu gezimmert werden. Sprich: wir brauchen eine Neugründung unserer sozialen Sicherungssysteme. Wir Jungen sind die Bestraften, wenn immer mehr Geld ausgegeben wird. Schon heute gibt der Staat mehr für Schuldzinsen als für die Bildung aus und es wird eindeutig auf Kosten der nächsten Generationen gelebt. Wenn sich jetzt nichts ändert, so werden wir Jungen einen riesigen Kollaps und eine Krise, wie sie noch nie dagewesen ist, erleben müssen.

Neues Staatsverständnis

Wir von der Jungen SVP treten für ein neues Staatsverständnis ein. Der Staat muss dienen, nicht herrschen. Er soll nützen, nicht belasten. Und der Staat muss sich genauso wie die Bürger und die Unternehmen dem Prinzip des Wettbewerbs stellen. Deshalb werden wir in den Beratungen

des nächsten Jahres für einen Wettbewerbsföderalismus eintreten mit erkennbaren Verantwortlichkeiten.

Für eine kämpferische JSVP

Im vergangenen Jahr haben wir enorm viel erreicht. Neben der aktivsten Jungpartei im Kanton SG dürften wir inzwischen auch die grösste Jungpartei sein. Dies ist umso erstaunlicher, da wir auch die mit Abstand jüngste Jungpartei im Kanton sind. Zudem sind unsere Mitglieder wesentlich aktiver als auch schon und beteiligen sich. Das und insbesondere die Bundesratswahlen dürfen aber nicht zu falschen Annahmen führen!

Bei der Standaktion am Samstag habe ich auch Leute gehabt, die mir sagten: "Jetzt unterschreibe ich nichts mehr, jetzt schauen wir mal, was Blocher macht." Das ist genau die falsche Einstellung!

Wer – auch in der eigenen Partei – fordert, die SVP sei nach den Wahlen neu auszurichten, hat den uns erteilten Auftrag nicht begriffen. Wir sind eine Partei – und dieses Wort sagt es schon: Wir sind und bleiben parteiisch – für unsere Wählerinnen und Wähler. All jene – insbesondere in der eigenen Partei – die nun harmoniebedürftig, satt und zufrieden zurücklehnen wollen und sich darauf freuen, politischen Auseinandersetzungen inskünftig aus dem Weg zu gehen, haben sich getäuscht. Wir haben unsere Politik gegen massive Widerstände und Angriffe der vereinigten Linken aus allen Parteien durchzusetzen. Wir haben diesen Auftrag zum Wohle des Landes zu erfüllen. Die SVP wird in vier Jahren daran gemessen, wie glaubwürdig sie für ihre Versprechen gekämpft hat. Die Anzahl der faulen und unnötigen Kompromisse, die Zahl der errungenen Pfründen und Pöstchen, jedes abgehobene staatsmännische Getue, das dem Wählerwillen entgegenläuft, wird sich negativ auswirken – für unser Land und für unsere Partei. „Jetzt erst recht!“, heisst die Devise – und keineswegs etwa „Wir sind am Ziel“.

Die eigentlichen Reformen hat die Schweiz noch vor sich. Unser Land steht vor strukturellen Herausforderungen, da reicht das Drehen an einigen Stellschrauben bei weitem nicht aus. Und vor allem: Da braucht es einen massiven Druck von der Basis!

JSVP als Motor für die anderen Parteien

Die Junge SVP ist zusammen mit ihrer Mutterpartei der originäre liberale Wettbewerber. Ohne uns würden sich die anderen Parteien nur zu gerne mit dem Chaos zufrieden geben, das wir jetzt haben. Und anstatt uns anzunähern müssen wir weiterhin Motor bleiben!

Herausforderungen

Politisch gibt es viele Herausforderungen:

- Was muss gemacht werden, damit die Leute die Krankenkassen wieder zahlen können?
- Was muss gemacht werden, damit die Kinder in den Schulen wieder richtig lesen und schreiben lernen?

- Was muss gemacht werden, damit wir wieder die Steuern bezahlen können und trotzdem noch genug Geld zum Leben haben?
- Was muss gemacht werden, dass unsere Freiheit und Unabhängigkeit erhalten bleibt?
- Was muss gemacht werden, dass der Asylrechtsmissbrauch aufhört?

Hier und in vielen weiteren Punkten müssen auch auf politischer Ebene Korrekturen gemacht werden. Das ist möglich: Die Junge SVP hat während Jahren Lösungsvorschläge gemacht. Schwerpunkte sehe ich in folgenden Bereichen:

"Mehr Geld zum Leben fürs Volk"

Also: Runter mit den Steuern, Abgaben und Gebühren und so unseren Kanton attraktiver machen. Statt Faulheit staatlich zu subventionieren muss der Kanton dafür sorgen, dass sich Leistung wieder lohnt!

"Bessere Bildung"

Also: Bildungsinstitute mit gezielter Leistungsförderung stärken statt Schulen für die Integration der Ausländer zu missbrauchen.

"Frei von Filz kämpfen statt abhängig politisieren"

Also: Totale Transparenz durchsetzen und undemokratische Machenschaften konsequent aufdecken. Denn wir müssen uns völlig unabhängig für das Gemeinwohl unserer Bevölkerung einsetzen können. Wir haben das bewiesen und stehen bedingungslos fürs Volk ein.

"Für eine lebenswerte Heimat"

Also: Unsere Heimat muss schweizerisch bleiben. Eigenständigkeit und Unabhängigkeit dürfen nicht durch ausufernde Migration und internationalen Aktivismus zerstört werden.

Am nächsten Montag wird der Vorstand der JSVP SG über die Lancierung einer Petition für eine neue und demokratischere Ausländerpolitik beraten. Aus diesem aktuellen Anlass möchte ich dazu einige Fakten liefern, welche die Probleme verdeutlichen. Die folgenden Daten und Grafiken habe ich von der Pikom:

(Verwendete Folien und Fakten siehe Beilage am Schluss dieses Dokuments)

Das Ausländerproblem ist auch ein kantonales Thema! Den Druck unseres Kantons auf den Bund müssen wir massiv erhöhen, damit der Asylmissbrauch bekämpft wird und nicht mehr übermässig viele Ausländer in den Kanton St.Gallen kommen. Das entlastet die Gemeinden und macht unseren Kanton lebenswerter.

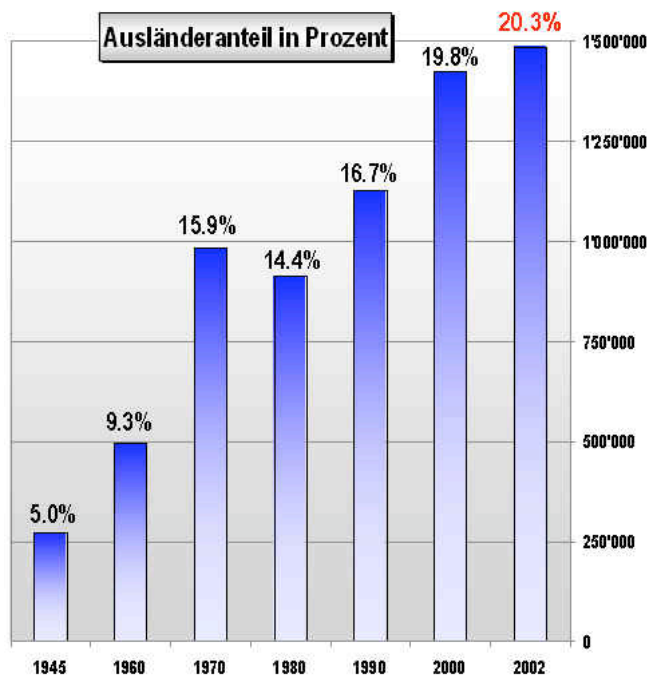
Kantonsratswahlen

Um all unsere Forderungen und Lösungsvorschläge auch konkret umsetzen zu können, sind auch wir als Junge SVP auf politische Vertreter angewiesen. Eines haben uns die anderen Jungparteien nämlich noch voraus. Sie haben – weil sie auch schon länger gibt – ihre eigenen Vertreter im Kantonsparlament. Das müssen auch wir schaffen können, nicht weil einige von uns etwas werden wollen oder werden müssten, sondern weil mehr bürgerliche Junge in Verantwortung die gemächliche Schweizer Politik mit einem frischen Wind auf Vordermann bringen können. Gerade wir zukunftsorientierten Jungen sollten die Chance haben, unsere Zukunft in Verantwortung mitzubestimmen. Und gerade wir Jungen setzen uns auf allen Stufen für die totale Transparenz ein und kennen keinen Filz. Das ist unser Vorteil! So engagieren wir uns völlig unabhängig für das Gemeinwohl unserer Bevölkerung.

Alle politisch dringend notwendigen politischen Korrekturen und die am 14. März anstehenden Kantonsratswahlen sind eine gemeinsame Kraftanstrengung, die viel Einsatz von jedem Einzelnen verlangen. Ich möchte mich deshalb ganz persönlich für Ihr Engagement in der Vergangenheit bedanken. Und ich bin absolut überzeugt, dass wir auch dieses Jahr gemeinsam sehr viel erreichen können. Bei der täglichen politischen Arbeit, am 8. Februar – wenn es um die Sicherheit von uns allen geht und natürlich bei den Kantonsratswahlen.

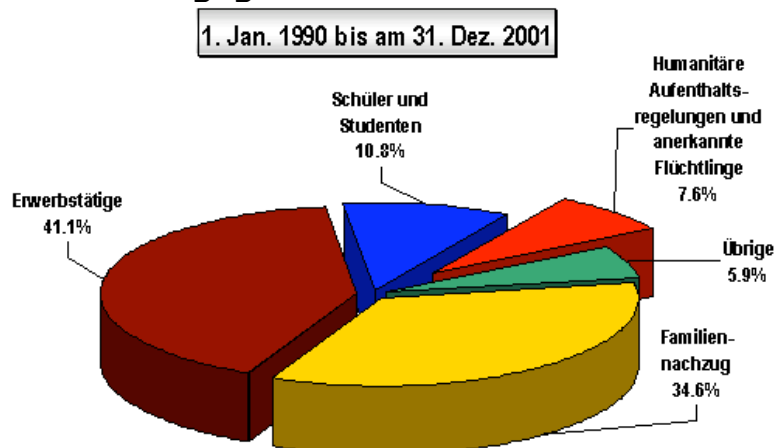
Stehen wir zu unseren Standpunkten, machen wir die Schweiz, den Kanton St. Gallen und unsere Wohn-Gemeinden lebenswerter, zukunftsfähiger und besser. Das Motto für die Junge SVP im Jahr 2004 muss sein: "Vorbild sein und Flagge zeigen! Laut, deutlich, Klartext!"

Entwicklung des Ausländeranteils

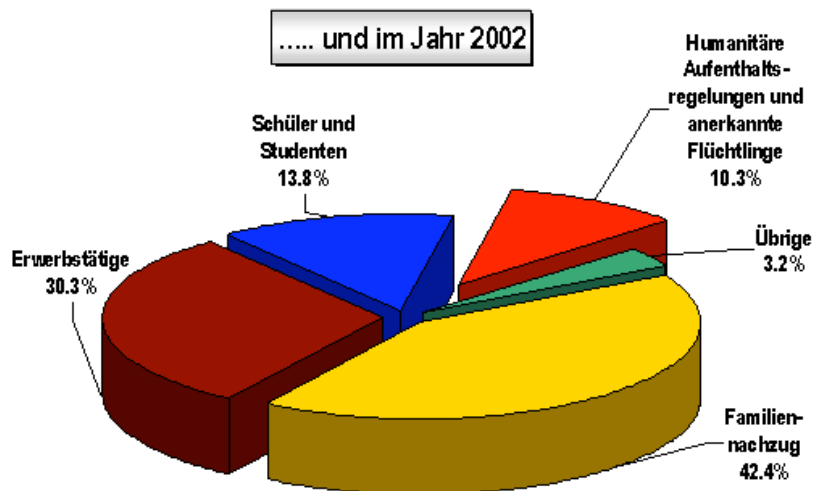


- Ende 2002 hat die ständige ausländische Wohnbevölkerung einen Stand von 1'486'000 Personen erreicht. Dies entspricht einem Ausländeranteil von 20.3 Prozent.
- Vom 1. Januar 1990 bis zum 31. Dezember 2002 sind rund 1.3 Millionen Ausländer neu eingewandert und haben eine Jahresaufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung erhalten. Im gleichen Zeitraum waren 815'562 Auswanderungen zu verzeichnen.
- Unter Berücksichtigung der Auswanderungen, der Einbürgerungen und des Geburtenüberschusses hat die ständige ausländische Wohnbevölkerung in dieser Zeitspanne um netto 420'000 Personen zugenommen. Dies entspricht einem Wachstum von beinahe 40 Prozent.
- Diese Zunahme ist deutlich höher als die gesamte, zusammengezählte Einwohnerzahl der Kantone Uri, Schwyz, Ob- und Nidwalden, beide Appenzell und Schaffhausen.
- Gemessen an der Gesamtbevölkerung sind im erwähnten Zeitraum über dreimal mehr Ausländer in die Schweiz eingewandert als in die Europäische Union.
- Auch der Wanderungssaldo bei den Ausländern (Differenz zwischen Einwanderung und Auswanderung) ist in der Schweiz über dreimal höher als in der EU.

Einwanderungsgründe

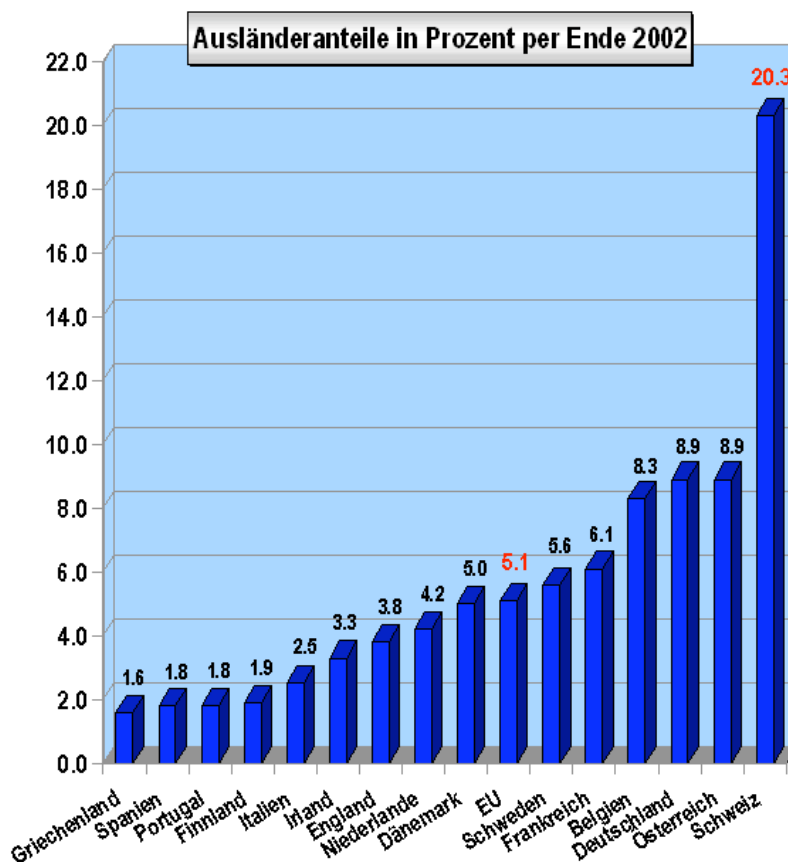


- Entgegen der landläufigen Meinung wandert der weitaus grösste Teil nicht über den Asylbereich ein. Auf diesem Weg haben im Zeitraum 1990 bis Ende 2001 nicht einmal acht Prozent aller Einwanderer ein definitives Bleiberecht erhalten.



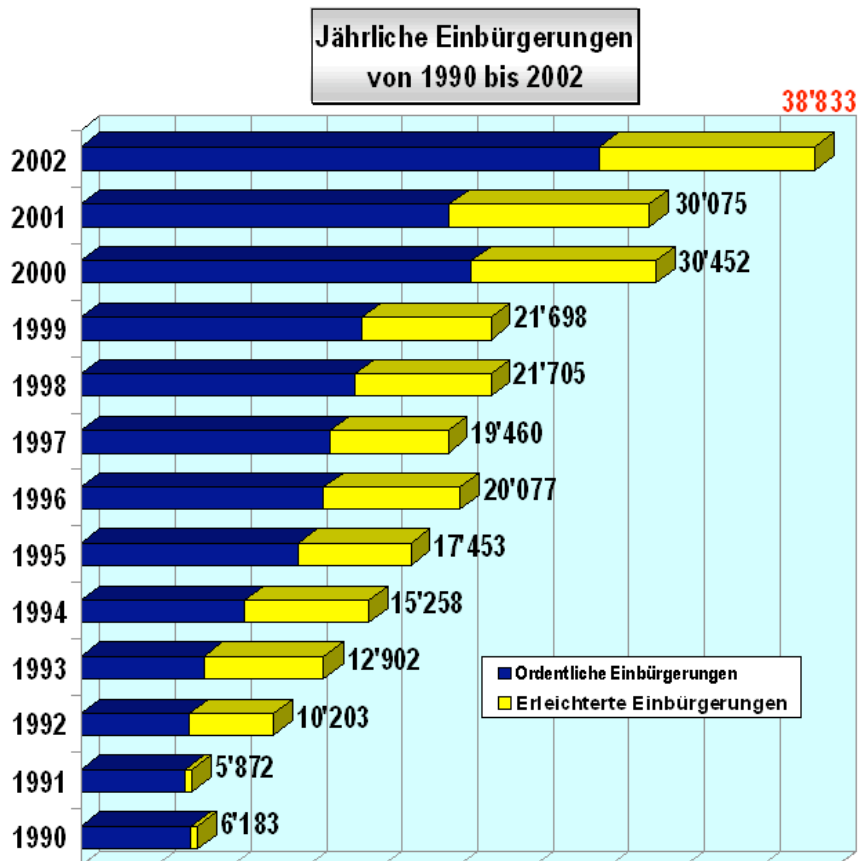
- Im Jahr 2002 wird deutlich, dass sich der Anteil des Familiennachzuges und die Einwanderung über den Asylbereich laufend erhöht, während der Anteil der Erwerbstätigen stark zurückgeht.

Internationaler Vergleich der Ausländeranteile



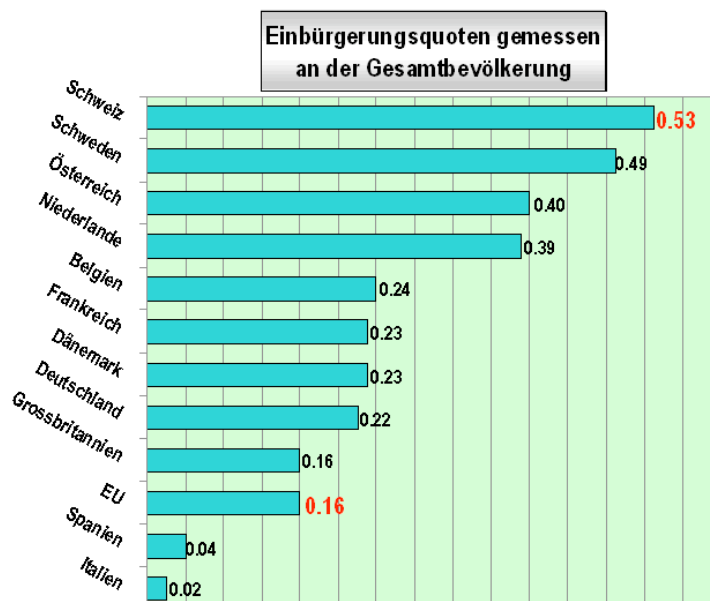
Kommentar überflüssig

Einbürgerungen in der Schweiz



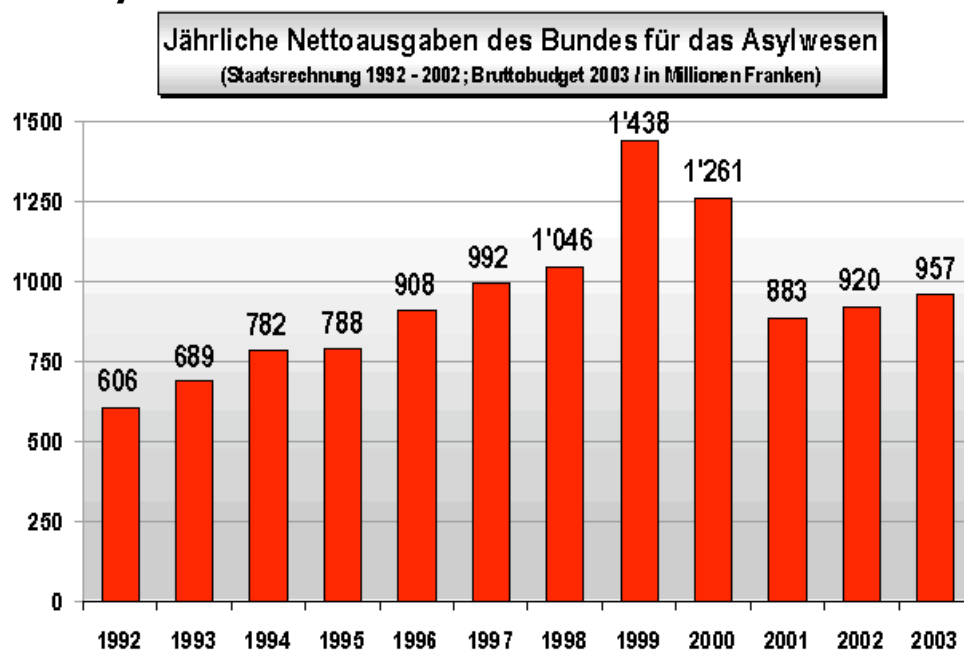
- Von 1990 bis Ende 2002 wurden insgesamt 250'171 Ausländer eingebürgert. Dies ist mehr als die gesamte Einwohnerzahl der beiden Städte Bern und Lausanne zusammen.
- Die jährlichen Einbürgerungen haben sich in dieser Zeitspanne versechsfacht.
- Bei einem Drittel aller Einbürgerungen (83'238) wurde das erleichterte Verfahren angewendet, bei denen der Souverän nichts zu sagen hat und die Integration nicht geprüft wird.

Internationaler Einbürgerungsvergleich



- Oft wird behauptet, der hohe Ausländeranteil in der Schweiz sei die Folge einer restriktiven Einbürgerungspraxis. Ein internationaler Vergleich der Einbürgerungsquoten - gemessen an der Gesamtbevölkerung - widerlegt diese Behauptung.
- Wollte die Schweiz ihren heutigen Ausländeranteil von über 20 Prozent auf das EU-Niveau von 5.1 Prozent senken, müssten auf einen Schlag über 1.1 Millionen in der Schweiz lebende Ausländer eingebürgert werden.
- Bei der für eine Einbürgerung erforderlichen Wartefrist von zwölf Jahren ist zu berücksichtigen, dass die Zeit zwischen dem zehnten und dem zwanzigsten Lebensjahr doppelt angerechnet wird.
- Die Frist für die nötige Wohnsitzdauer beginnt sogar für Asylsuchende unmittelbar ab der Einreichung des Asylgesuches zu laufen. Dies hat bereits dazu geführt, dass jugendliche Asylsuchende mit langjährigen Verfahren oder Personen, deren Asylgesuch abgelehnt wurde, die aber noch nicht ausgeschafft werden konnten und eine vorläufige Aufnahme erhalten haben, ein Einbürgerungsgesuch stellen, um der drohenden Wegweisung zu entgehen.

Der Asylbereich



Von 1992 bis inkl. Budget 2003 wurden für den Asylbereich allein auf Bundesebene rund **11.3 Milliarden Franken** ausgegeben. Die zusätzlichen Ausgaben in Gemeinden und Kantonen in den Bereichen Schule, Polizei/Sicherheit, Fürsorge usw. sind darin nicht enthalten.